

Die finanzielle Inwertsetzung des Waldes als CO₂-Senke: Nutzungsrechte und Nutzungskonflikte im Rahmen der nationalen Entwicklungsstrategie in Ecuador*

Im Zuge der Verhandlungen über ein Nachfolgeabkommen zu Kyoto ab 2012 wird der Mechanismus *Reducing Emissions from Deforestation and Degradation* (REDD) intensiv diskutiert. Ecuador strebt eine Vorreiterrolle in diesem Bereich an und arbeitet an der Schaffung einer „nationalen REDD-Strategie“. Herzstück dieser Strategie ist das Programm „Socio Bosque“, nach dessen Funktionsschema die Regierung mit den Eigentümern von Waldflächen Verträge zum Schutz dieser Gebiete abschließt. Die Waldeigentümer sind in der Regel indigene Dorfgemeinschaften, in einigen Fällen aber auch Privatpersonen. Sie erhalten für die Teilnahme am Programm jährliche, flächenbezogene Ausgleichszahlungen, die sie nach vorgegebenen Kriterien in die „Entwicklung“ ihrer Gemeinden – Gesundheitswesen, Bildung usw. – investieren müssen. Die unter Schutz gestellten Flächen stehen fortan der lokalen Bevölkerung nicht mehr zur freien Nutzung zur Verfügung, sondern sind für die Produktion von CO₂-Emissionszertifikaten „reserviert“. Der ecuadorianische Staat plant, mit den so generierten Zertifikaten in den internationalen Emissionshandel einzusteigen und mit den daraus gewonnenen Einnahmen die „nationale Entwicklung“ voranzutreiben. Diese Pläne stoßen jedoch auf Widerstand seitens indigener Organisationen und kritischer NGOs, die darin einen neuen Angriff auf die hart erkämpfte – und keineswegs gesicherte – territoriale Souveränität der *Indigenas* sehen.

Das Programmdesign von *Socio Bosque* hat Markus Seiwald (2011) im Rahmen fünfmonatigen eines Forschungsaufenthaltes in Ecuador analysiert¹.

* Wir bedanken uns bei den anonymen Gutachtern für wertvolle Hinweise und nützliche Informationen.

1 Dazu führte er semi-strukturierte Leitfadeninterviews mit Vertretern aus dem Ministerio del Ambiente, mehreren internationalen Entwicklungsorganisationen, internationalen und nationalen NGOs, der staatlichen Organisation zur Entwicklung der Amazonasregion (ECORAE – Instituto para el Ecodesarrollo Amazonico), der Confederación de Nacionalidades Indígenas del Ecuador (CONAIE) und einem REDD-Projekte implementierenden privaten Unternehmen. Die Auswahl der Interviewpartner erfolgte dabei ausgeglichen

Die Auswertung der Feldforschung zeigt, dass das Programm die hohen Erwartungen, gleichzeitig 4 Millionen Hektar Primärwald zu schützen und zur Verbesserung der Lebensbedingungen der lokalen Bevölkerung beizutragen, kaum erfüllen wird.

Unserer Auffassung nach wächst durch die Einführung eines internationalen Emissionsmarktes und die Generierung von Zertifikaten auf ehemals „unproduktiven“, höchstens für Holzfirmen interessanten Flächen das Interesse nationaler und internationaler Investoren an diesen Gebieten. Die zur Produktion von CO₂-Emissionszertifikaten reservierten Flächen geraten damit auch in die Interessenssphäre des anlagesuchenden Finanzkapitals. Dies lässt neue Konflikte entstehen. Diese These wollen wir auf den miteinander verwobenen nationalen, globalen und regionalen Maßstabsebenen entfalten.

Zunächst gehen wir auf seit Jahrzehnten bestehende Landkonflikte in der Amazonasregion Ecuadors ein. Wir skizzieren Entstehung und Geschichte der indigenen Bewegung und die am häufigsten auftretenden Formen von Landkonflikten. Anschließend analysieren wir den REDD-Mechanismus, der den Erfordernissen eines globalen finanzdominierten Rentierregimes (Zeller 2011) entspricht und dem Kapital neue Flächen zur Generierung von Renteneinkommen erschließt. Zugleich bindet REDD unterschiedliche Akteure auf der Ebene des Nationalstaats, der Regionen und der lokalen Gemeinde in einer spezifischen Weise in die globale ökonomische Dynamik ein. Die Inwertsetzung der CO₂-Absorptionskapazität des Waldes entspricht Prozessen der ursprünglichen Akkumulation (Marx 1867) und einer „Akkumulation durch Enteignung“ (Harvey 2003)², die im Zuge der Machtsteigerung des Finanzkapitals bedeutender wurden (vgl. Bumpus 2008: 142). Das breite Konzept der Akkumulation durch Enteignung ergibt im Falle des CO₂-Handels jedoch nur Sinn, wenn die ökonomische Bedeutung der Schaffung neuer Eigentumsrechte erfasst wird. Zunächst wird ein Eigentums- und Nutzungsmonopol auf die CO₂-Absorptionskapazität des Waldes durchgesetzt. Die darauf folgende Inwertsetzung in Form der Generierung und Verwertung von Emissionszertifikaten entspricht in ihrem Charakter Einkünften aus Renten (Zeller 2006; 2009). Im nächsten Schritt geben wir einen Überblick über die Funktionsweise und die Zielsetzung von *Socio Bosque*. Wir zeigen, dass *Socio Bosque* ein Schritt in Richtung

zwischen Befürwortern und Kritikern des Programms *Socio Bosque*. Zusätzlich führte er zahlreiche offene Gespräche mit der lokalen Bevölkerung der Amazonasregion, um deren Informationsstand über das Programm festzustellen. Außerdem wertete er diverse Regierungskonzepte und Projektdokumentationen verschiedener beteiligter Institutionen aus.

2 Alle Übersetzungen fremdsprachiger Zitate stammen von den Autoren.

Kommodifizierung der Funktion des Waldes als CO₂-Senke ist. Schließlich richten wir unser Augenmerk auf die Umsetzung von *Socio Bosque* auf nationaler Ebene. Wir zeigen, dass *Socio Bosque* einen spezifischen Ausdruck des von den linken Regierungen Südamerikas vorangetriebenen Modells des *Neoextractivismo* und *Neodesarollismo* darstellt und darauf ausgerichtet ist, ähnlich wie bei der Extraktion anderer natürlicher Ressourcen dem Staat rentenartige Einkommen zu garantieren. In den Schlussfolgerungen fassen wir problematische Aspekte von *Socio Bosque* zusammen und werfen einige grundsätzliche Fragen für eine solidarische Entwicklungspolitik auf.

Konflikte um indigene Territorien im Amazonasgebiet Ecuadors

Landkonflikte haben in Ecuador eine lange Tradition. Während sie in den relativ zugänglichen Gebieten der Andenregion aufgrund der jahrhundertelangen Unterdrückung der ruralen Bevölkerung durch semi-feudale Besitzstrukturen in ihrer Charakteristik vom Klassenkampf der mittellosen Bauern geprägt sind, zeichnen sie sich in der Amazonasregion durch eine stark an die Ethnie gebundenen Vorstellung von Territorium aus (vgl. Mayr 2008: 15ff). Bis zum Beginn der Erschließung des Amazonasgebiets zur Rohstoffextraktion in den 1950er Jahren lebte die lokale Bevölkerung in relativer Abgeschlossenheit von der Außenwelt. Landkonflikte entstanden höchstens aus Streitigkeiten zwischen den verschiedenen Ethnien, die sich in zehn *Nacionalidades* (Nationalitäten) mit jeweils eigener Sprache einteilen. Die *Nacionalidades* setzen sich aus einer variierende Anzahl von *Pueblos* (Völker) zusammen, welche für gewöhnlich die administrativen Strukturen der jeweiligen *Nacionalidad* widerspiegeln. Die *Pueblos* bestehen ihrerseits üblicherweise aus einer Anzahl *Comunidades* (Dorfgemeinschaften), der kleinsten Einheit indigener Organisationsstrukturen.

Konflikte zwischen den verschiedenen *Nacionalidades* existieren auch heutzutage noch, wie der Überfall einer Andoa-Dorfgemeinschaft durch Angehörige der Shiwiar-Nationalität im September 2010 zeigt (Diario HOY 2010). Mit dem Fund lukrativer Rohstoffvorkommen in der Region und der Einführung von Programmen zur Förderung von industriellen Monokulturen zur Kakao-, Bananen- und Kaffeeproduktion (Reed 2011: 529) wuchs seit den 1960er Jahren aber auch das Interesse ausländischer Konzerne an den als „ungenutzt brach liegend“ erscheinenden Flächen der Amazonasregion. Besondere Anziehungskraft übten und üben dabei die reichen Erdölvorkommen im Dschungeluntergrund, in letzter Zeit aber auch zunehmend die enormen Kupfervorräte, aus. Im Laufe der Jahrzehnte und mit dem

Bekanntwerden diverser mit dem Rohstoffabbau verbundener Probleme organisierte sich lokaler Widerstand gegen die extraktiven Tätigkeiten auf indigenen Territorien. Besondere Bekanntheit erlangte der Kampf des Kichwa-Dorfes Sarayaku gegen den argentinischen Ölkonzern CGC, über den zahlreiche Dokumentationen und Berichte existieren (s. z.B. Veigt 2005).

Der wachsende Widerstand der Amazonasindigenen äußerte sich in der Schaffung verschiedener nationalitätenübergreifender Bewegungen bzw. Organisationsstrukturen, wie z.B. der *Confederación de Nacionalidades Indígenas de la Amazonía del Ecuador* (CONFENIAE) im Jahr 1980 (Mayr 2008: 17) oder der *Confederación de Nacionalidades Indígenas del Ecuador* (CONAIE) als wichtigste Dachorganisation für ganz Ecuador im Jahr 1986 (ebd.: 20). Der vielleicht bedeutendste Zeitpunkt im Kampf für Selbstbestimmung über ihre Territorien war für die Amazonasindigenen der von der *Organización de Pueblos Indígenas de Pastaza* (OPIP) organisierte Marsch nach Quito im April 1992. Dabei forderten sie die Legalisierung von 2 Millionen Hektar Land. In Verhandlungen mit dem damaligen Präsidenten Rodrigo Borja Cevallos konnten 100 indigene Führer die Anerkennung von 1,1 Millionen Hektar in Form von kommunalen Landtiteln für einzelne Dorfgemeinschaften durchsetzen, welche die Nutzungsrechte für alle Bewohner dieser Gebiete – auch für bereits ansässige Siedler aus dem Hochland – garantieren und die Unveräußerlichkeit der Flächen festschreiben. Die Regierung kam jedoch einigen zentralen Forderungen der Indigenen nicht nach (vgl. Sawyer 1994: 3):

1. Es wurden nur ca. 55 % der indigenen Territorien offiziell anerkannt. Im Gegenzug wurde der Yasuní-Nationalpark vergrößert und an der Grenze zu Peru eine 40 km breite militärische Sperrzone eingerichtet.
2. Die Landtitel wurden in 19 willkürliche Blöcke aufgeteilt, um die historische Einteilung der Indigenen in Nationalitäten, die die gesamt nationale Einheit Ecuadors gefährden könnte, zu unterwandern.
3. Die Titel verhindern zwar eine weitere Kolonisierung indigener Territorien durch Siedler, garantieren aber dem Staat das Recht, weiterhin auf die vorhandenen unterirdischen Rohstoffe zuzugreifen und Infrastruktur zu deren Erschließung zu errichten. Ähnliches gilt aktuell auch für die auf den Flächen generierten Umweltdienstleistungen – Wasser, Biodiversität, CO₂-Absorptionskapazität usw. –, was im weiteren Verlauf dieses Beitrags noch näher erläutert wird.

Bis zum heutigen Tage kämpfen die indigenen Nationalitäten um die legale Anerkennung des vollständigen Anspruchs auf ihre traditionellen Territorien. Im Dezember 2010 ging die Verantwortung für die Behandlung von

Landkonflikten vom *Nationalen Institut für landwirtschaftliche Entwicklung* (INDA – *Instituto Nacional de Desarrollo Agrario*) auf das Landwirtschaftsministerium über. Dabei wurden gleichzeitig Altlasten von über 10.000 ungelösten Fällen von Landkonflikten übergeben (El Universo 2010).

Der seit 1998 in der Verfassung festgeschriebene Rat zur Entwicklung der indigenen Nationalitäten und Völker Ecuadors (CODENPE – *Consejo de Desarrollo de las Nacionalidades y Pueblos del Ecuador*) veröffentlicht auf seiner Website Statistiken und weitere Informationen zum Stand der Legalisierung indigener Territorien (s. CODENPE 2011). Selbst von dieser offiziellen Regierungsorganisation werden jedoch teils widersprüchliche Zahlen genannt. Tabelle 1 gibt einen annäherungsweise, lückenhaften Überblick über die Aufteilung der indigenen Bevölkerung der Amazonasregion und deren Territorien nach *Nacionalidades*.

Tabelle 1: Bevölkerung und Territorien der indigenen Nationalitäten der Amazonasregion (zusammengefasst nach CODENPE 2011)

Indigene Nationalität	Bevölkerung	Legalisierte Territorien (ha)	Legalisierung ausständig (ha)	Gesamtterritorium (ha)
Achuar	5.440	884.000	133.000	1.017.000
Andoa	800	65.000	30.000	95.000
Cofán	800	33.500	115.000	148.500
Kichwa Amazónica	80.000	1.115.000	1.569.000	2.684.000
Secoya	380			
Shiwiar	700	89.000	100.000	189.000
Shuar	110.000	718.000	183.000	901.000
Siona	360	8.000	40.000	48.000
Waorani	3.000			200.000
Zápara	1.300	54.000	346.000	400.000

Neben den Landkonflikten rund um Rohstoffabbau, die zweifellos im Zentrum der Debatte stehen, existieren Konflikte um die staatliche Ausweisung von Schutzgebieten, die die Nutzungsrechte der ansässigen Bevölkerung beschneiden, und Nutzungskonflikte zwischen Siedlern und Indigenen (vgl. Hübenthal u.a. 2010: 4f). Ein weiteres Problemfeld entsteht durch Invasionen in indigene Territorien gefolgt von illegaler Abholzung durch die Eindringlinge.

Das ecuadorianische Umweltministerium (MAE – *Ministerio del Ambiente*) gibt nun vor, mit *Socio Bosque* erstmals in der Geschichte die Anstrengungen der indigenen Bevölkerung zum Schutz des Waldes vor externen Interessen zu unterstützen. Bei genauerer Betrachtung wirft das Programm

mit seiner geplanten Einbindung in den REDD-Mechanismus jedoch neues Konfliktpotenzial auf. Ernsthaftige Probleme bestehen vor allem in Bezug auf die Informationspolitik der Regierung, die Einbindung der indigenen Bevölkerung in das Programmdesign, die Beteiligung der Waldbesitzer an den zukünftig zu erwartenden Einnahmen und den vorgeblichen, aber faktisch nicht vorhandenen Schutz vor extraktiven Tätigkeiten seitens der Regierung. Der nächste Abschnitt soll einen Überblick über die Funktionsweise von REDD liefern, um in weiterer Folge eine kritische Analyse des Mechanismus und seiner nationalen Ausprägung in Form von *Socio Bosque* zu ermöglichen. Da es sich um ein reines Schutzprogramm für Primärwald handelt, behandeln wir den Aspekt der Plantagenwirtschaft zur CO₂-Bindung, welcher Bestandteil von REDD ist, in diesem Beitrag nicht. Ebenso lassen wir das Regierungsprogramm *Socio Páramo* zum Schutz der gleichnamigen andinen Kulturlandschaft unberücksichtigt, da diese Flächen kaum Kohlenstoff speichern und zur Generierung von Emissionszertifikaten ungeeignet sind.

REDD und indigene Ethnien

Das 1997 unterzeichnete, 2005 in Kraft getretene und 2012 auslaufende Kyoto-Protokoll sieht in der so genannten ersten Verpflichtungsperiode von 2008 bis 2012 die Senkung des Ausstoßes von Treibhausgasen um durchschnittlich 5,2 % gegenüber 1990 vor. Um die Kosten von Klimaschutzinvestitionen zu senken, können Staaten und Unternehmen flexible Instrumente nutzen, die ihnen erlauben, gewisse im Ausland getätigte Emissionsreduktionen aufrechnen zu lassen. Dazu zählt auch der *Clean Development Mechanism* (UNFCCC 1997). Dieser ermöglicht seit 2005 Unternehmen und reichen Ländern, Maßnahmen zur Reduktion der Treibhausgasemission in einem „Entwicklungsland“ durchzuführen und sich die dort eingesparten Emissionen in Form von *Certified Emission Reductions* (CERs) gutschreiben zu lassen. Neben Emissionsminderungen in der Industrie ermöglichen auch Aufforstungsprogramme die Generierung von handelbaren Emissionsrechten.

Die Reduzierung der Treibhausgasemissionen aus der Entwaldung und aus schlechtem Forstmanagement (REDD) ist ein weiterer zentraler Punkt auf der Agenda des *United Nations Framework Convention on Climate Change* (UNFCCC). Gemäß dem *Intergovernmental Panel on Climate Change* stammen 17,4 % der globalen Treibhausgasemissionen aus der Forstwirtschaft (Pachauri & Reisinger 2007: 36). Seit COP-11 (*Conference of Parties*), dem Klimagipfel 2005 in Montreal, wird der REDD-Mechanismus

als Instrument zur Erreichung der vereinbarten Klimaschutzziele vorangetrieben. Im Rahmen von COP-13 in Bali einigte man sich auf den Start eines Arbeitsprogramms zu methodischen Fragestellungen. Zu COP-15 in Kopenhagen wurden erstmals Richtlinien für die Implementierung von REDD-Aktivitäten ausgegeben (Corbera u.a. 2010; UNFCCC 2010). Diese Richtlinien wurden mit COP-16 in Cancún erweitert und konkretisiert und beinhalten im Wesentlichen folgende Punkte (UNFCCC 2011: 10ff):

1. „Entwicklungsländer“ werden dazu aufgefordert, selbständig Anstrengungen zur Implementierung von REDD zu unternehmen. Anrechenbare Aktivitäten können sein: die Reduzierung der Emissionen aus Abholzung, die Reduzierung von Emissionen aus Degradierung von Wäldern, der Schutz des Kohlenstoffspeichers Wald, nachhaltiges Forstmanagement sowie die Verbesserung der Kohlenstoffbestände im Wald.
2. Dazu sollen jeweils ein nationaler Strategie- oder Aktionsplan, ein Referenzszenario der Entwaldung zur Erstellung einer Emissions-*Baseline*, ein landesweites *Monitoring*- und *Report*-System, das gegebenenfalls durch subnationale Berichterstattung ergänzt werden soll, und ein Informationssystem zur Überprüfung der Einhaltung von Maßnahmen zum Schutz der Rechte der Landbesitzer – im Speziellen indigene Ethnien – ausgearbeitet werden.
3. REDD soll in verschiedenen Phasen eingeführt werden, beginnend mit dem Entwurf nationaler Strategien und dem Aufbau von Kapazitäten, gefolgt von einer zweiten Phase, in der Demonstrationsaktivitäten implementiert und evaluiert werden. In Phase drei schließlich folgen die landesweite Einführung der jeweiligen nationalen REDD-Programme und deren Einbindung in den internationalen Mechanismus.
4. REDD-Aktivitäten sollen zur nachhaltigen Entwicklung und zur Bekämpfung der Armut in den Projektgebieten beitragen. Dazu sollen verschiedene Schutzmaßnahmen erarbeitet werden, die im Speziellen die Rechte der indigenen Bevölkerung absichern. Ausdrücklich erwähnt werden die Beachtung der *United Nations Declaration on the Rights of Indigenous Peoples* (UNDRIP) und die Partizipation der indigenen Bevölkerung am Programmdesign (UNFCCC 2011: 24).

Die Finanzierung des Mechanismus wird besonders stark diskutiert. Auf internationaler Ebene und auch in Ecuador ist man sich weitgehend einig, dass für die erste Phase von REDD Gelder aus bilateralen oder multilateralen Fonds fließen, in weiterer Folge aber auch vermehrt Finanzmittel über Märkte akquiriert werden sollen (vgl. UNFCCC 2011: 12f; Hübenthal u.a. 2010: 18). Dabei gibt es verschiedene Modelle, wie man die Anrechenbarkeit von

REDD-Zertifikaten regeln könnte. So wird über eine Einbindung von REDD in ein Nachfolgeabkommen zu Kyoto nachgedacht. Unklar ist allerdings noch, inwieweit zukünftige REDD-Zertifikate zur Erreichung nationaler Emissionsreduktionsziele verwendet werden dürfen. Ohne den Mechanismus als solchen zu kritisieren, schlägt z.B. Greenpeace die Schaffung eigener Zertifikate für den Schutz von Regenwäldern vor, die nur begrenzt von der Kohlenstoffbilanz eines Staates absetzbar wären. Dies soll der Gleichsetzung von oberirdisch – in Bäumen – und unterirdisch – in fossilen Brennstoffen – gebundenem Kohlenstoff entgegenwirken (vgl. Livengood & Dixon 2009: 3). Nach dem ökonomischen Modell des Emissionshandels wie es durch das Kyoto-Abkommen vorangetrieben wurde, ist der Ausstoß von CO₂ in die Atmosphäre an einem Ort durch die Bindung der gleichen Menge Emissionen anderswo kompensierbar. Die Theorie ignoriert jedoch die Unumkehrbarkeit des Verbrennungsprozesses fossiler Energieträger. Sind die Emissionen erst einmal in den oberirdischen Kohlenstoffkreislauf eingegangen, bleiben sie diesem für Jahrtausende erhalten (vgl. Altvater 2008; Spash 2009). Dies ist der zentrale Kritikpunkt an Programmen, die Emissionszertifikate aus Waldschutz in „Entwicklungsländern“ generieren und als vermeintlich günstige Alternative zu teuren Emissionseinsparungen in Industrieländern gelten (vgl. Stern 2006).

Der Emissionshandel stützt sich auf die Schaffung von Emissionsrechten in Form handelbarer Eigentumstitel. Die dominierende Klimapolitik mit ihrer Ausweitung von Eigentumsrechten auf CO₂-Emissionen entspricht den Anforderungen des konzentrierten Anlagekapitals, das im Zuge der Durchsetzung eines globalen finanzdominierten Rentierregimes seit Ende der 1970er Jahre die Akkumulationsprozesse zunehmend wirksamer geprägt hat (Zeller 2011). Im aktuellen, von der Macht des Finanzkapital geprägten Kapitalismus ist die Erzielung von Renten, also von Einkommen auf der Grundlage von Eigentumsrechten, eine zentrale Form der Verwertung von natürlichen und gesellschaftlichen Ressourcen geworden (Zeller 2008). Voraussetzung hierfür ist die Ausdehnung des Raums der Eigentumsrechte des Kapitals. Denn ohne Eigentumsrechte können sich keine Märkte entfalten. Das monopolistische Eigentum über Territorien ist unabdingbare Voraussetzung für die Erzielung von Renteneinkommen (Marx 1894: 628). Die Aneignung von Renteneinkommen ist eine Form, den verkürzten Kapitalkreislauf von Geld zu mehr Geld ($G - G'$) durchzusetzen. Die Emissionsrechte sind für deren Eigentümer also nicht nur Waren, sondern Kapital; ein neues Feld der Akkumulation und der Verwertung, das sich aus der beschleunigten Zerstörung der natürlichen Umwelt speist. Ganz im Sinne des dominierenden Finanzkapitals erlauben diese Eigentumsrechte die

Erzielung von Renteneinkommen. Sowohl Finanzunternehmen wie Banken und Investmentfonds als auch Industrieunternehmen und Staaten können als Rentiers auftreten. Im finanzdominierten Kapitalismus erlaubt der Zugriff auf natürliche Ressourcen und die Umwandlung von Natur in eine Ware die Schaffung neuer Felder zur Kapitalverwertung. Um die Kommodifizierung der Natur voranzutreiben, kommt der Durchsetzung und Vermehrung von Eigentumsmonopolen entscheidende Bedeutung zu.

Aufgrund der Valorisierung ihrer Funktion als CO₂-Senken geraten die großen Waldgebiete der Erde zunehmend ins Blickfeld des Finanzkapitals. Die Weltbank, ein zentraler Akteur im Geschäft mit Emissionsrechten, fördert mit spezifischen Programmen wie dem *Forest Investment Program* und der *Forest Carbon Partnership Facility* die Finanzialisierung dieser Funktion (World Bank 2009: 13). Die Durchsetzung des REDD Mechanismus würde diese Tendenz verstärken und die CO₂-Absorptionskapazität des Waldes ähnlich wie andere natürliche Ressourcen in eine Ware verwandeln.

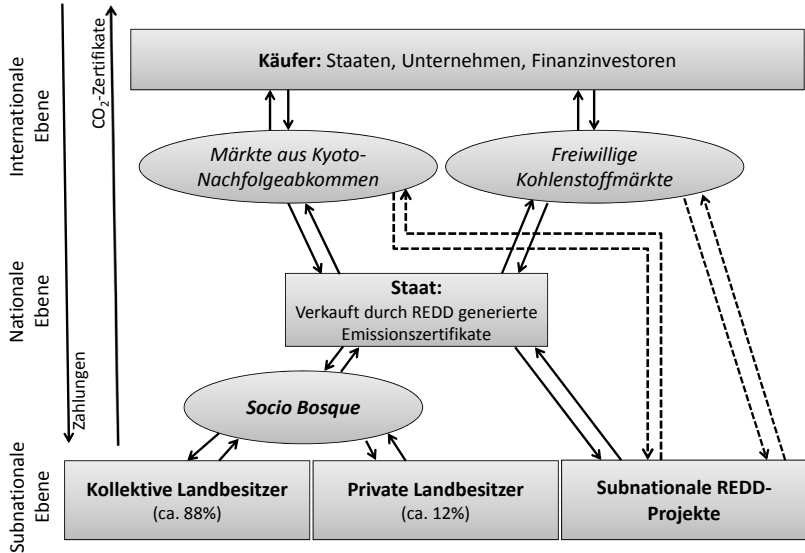
Diese Ressourcen der peripheren Länder werden genutzt, um die materiellen Privilegien und hohen Konsumniveaus in den reichen Ländern zu erhalten (Carbon Trade Watch 2007: 25). Die Aufrechnung der Senkenwirkung von Aufforstungen in peripheren Ländern bedeutet, die Verfügungsrechte lokaler Bevölkerungen und Gemeinschaften über Land gegen das Recht auf eine Fortsetzung der Verschmutzung in den imperialistischen Ländern aufzurechnen. Es wird erwartet, dass die Anrechnung der Senkenwirkung bestimmter Landflächen die Nachfrage nach solchen Flächen steigern wird (Cotula u.a. 2009: 58).

Im Rahmen des *Clean Development Mechanism* (CDM) oder mit Waldschutzprojekten generierte Emissionszertifikate entsprechen Eigentumstiteln, die im Zuge des internationalen CO₂-Handels als Wertpapiere gehandelt werden, ähnlich wie Aktien, Obligationen und Hypotheken. Die Finanzialisierung hat die Verbriefung aller Arten von Eigentumstiteln, auch von Rohstoffausbeutungs- und Verschmutzungsrechten, vorangetrieben. Banken und Finanzinstitute können diese Wertpapiere aufspalten, gemäß Risikoerwägungen oder anderer Kriterien wie angeblicher Nachhaltigkeit in neue Portionen bündeln und zu allen denkbaren Formen handelbarer Wertpapiere und derivativer Produkte transformieren. Diese Techniken erhöhen die Liquidität und eröffnen neue Möglichkeiten für rein finanzielle Akkumulationsstrategien. Anleger können sich mit spezialisierten Investmentfonds am Erfolg von Unternehmen beteiligen, die in diesen Bereichen tätig sind. Dies führt zu unüberschaubarer und unkontrollierbarer Komplexität an den Märkten und verleitet auch zu organisiertem Betrug (vgl. Thomas 2010). Entsprechend drückten Mitarbeiter von Europool, Interpol und

der Rechtsabteilung des UN-Umweltprogramms (UNEP – *United Nations Environment Programme*) bereits in diversen Zeitungen und Webplattformen ihre Besorgnis über Kohlenstoffmärkte im Allgemeinen und REDD im Speziellen aus (Vidal 2010; Simoner 2010; Lang 2010).

Obwohl die ecuadorianische Regierung in vielen anderen Bereichen eine Abkehr von neoliberalen Konzepten praktiziert, will sie sich mit ihrer vorgesehenen REDD-Strategie und der Teilnahme am internationalen Emissionshandel schließlich in einer spezifischen Weise den finanzdominierten Spielregeln der internationalen Klimapolitik unterordnen. Der vorgesehene REDD-Mechanismus verknüpft unterschiedliche Maßstabsebenen miteinander. Dabei werden die institutionellen Rahmenbedingungen, die Schaffung eines internationalen Handels mit REDD-Zertifikaten und die Finanzierung der nationalen REDD-Programme auf internationalem Niveau durchgesetzt. Im Rahmen des internationalen Zertifikatehandels kaufen Staaten, Industrie- und Finanzunternehmen aus den Metropolenländern Emissionsrechte, die der ecuadorianische Staat im Rahmen des Programmes *Socio Bosque* generiert (vgl. Abbildung 1).

Abbildung 1: Architektur des geplanten REDD-Mechanismus in Ecuador (eigene Darstellung)



In Ecuadors besteht die nationale REDD-Strategie aus sechs Komponenten, die zu unterschiedlichem Grad bereits implementiert sind: ein Programm

zu nachhaltigem Forstmanagement, ein Forstkontrollprogramm, das illegale Abholzung verhindern soll, ein Programm zur Legalisierung von Landtiteln, ein Informationssystem über vorhandene Waldflächen und deren Abholzung zur Berechnung des Referenzszenarios, ein (Wieder-)Aufforstungsprogramm und ein Programm zur Entschädigung der Landbesitzer, namentlich *Socio Bosque*. Letzteres bildet die Schnittstelle zwischen nationaler und subnationaler Maßstabsebene und regelt vertraglich die Flüsse von Geldern zu den Landbesitzern. Die ecuadorianische REDD-Strategie entspricht weitgehend den Richtlinien, die im Rahmen der UNFCCC ausgehandelt wurden. Neben den nationalen Bemühungen zur Etablierung einer REDD-Strategie in Ecuador existieren noch diverse Initiativen zur Einrichtung von Projekten auf lokaler Ebene. Im Rahmen einer mehrtägigen von The Forests Dialogue veranstalteten Konferenz konnten mindestens neun weitere Initiativen unter Beteiligung internationaler und nationaler NGOs und privater Unternehmen identifiziert werden (Hübenthal u.a. 2010: 25). Diese richten sich bis jetzt ausschließlich an indigene Dorfgemeinschaften. Die CONAIE erreichten zudem Berichte über Personen aus Costa Rica und Kolumbien, die mit konkreten Angeboten zu Schutzprojekten in Verbindung mit dem Kohlenstoffmarkt direkt die Bevölkerung in den *Comunidades* ansprechen (Interview mit einer Sprecherin der CONAIE vom 1. 10. 2010). Die Regierung erlaubt private Initiativen grundsätzlich, will jedoch ein zentrales Registrierungssystem für alle Projekte einrichten, um damit die Abwicklung des Emissionshandels zu steuern (vgl. Hübenthal u.a. 2010: 18, 24) und so zu verhindern, dass subnationale Projekte direkt über den Markt mit den Käufern von Zertifikaten in Verbindung treten (gestrichelte Zahlungs-/Zertifikatsflüsse in Abb. 1).

Um die Finanzierung von *Socio Bosque* zu garantieren, will die Regierung ab 2012 jährlich circa 40 Millionen US\$ über die internationalen Kohlenstoffmärkte akquirieren. Bis zum Jahr 2020 soll dieser Betrag auf jährlich 140 Millionen US\$ ansteigen (MAE 2010b: 23). Sollte es auf internationaler Ebene zu keiner Einigung bezüglich der Schaffung eines Marktes für REDD-Zertifikate im Rahmen eines Kyoto-Nachfolgeabkommens kommen, könnte man die Papiere unter geringeren Auflagen an soziale und ökologische Nachhaltigkeit an den freiwilligen Kohlenstoffbörsen handeln. Die ecuadorianische Regierung bietet damit die CO₂-Absorptionskapazität der Wälder als Ressource auf den internationalen CO₂-Märkten ähnlich wie eine andere natürliche Ressource an.

Bevor wir das Programmdesign von *Socio Bosque* als Bindeglied zwischen indigenen Landbesitzern und nationaler REDD-Strategie genauer analysieren, ist es angebracht, auf die Haltung indigener Organisationen

einzu gehen. Auf internationaler Ebene rufen die Pläne zur Implementierung eines globalen REDD-Mechanismus starke Proteste seitens indigener Organisationen hervor. So treten z.B. das *Indigenous Environmental Network* (IEN 2009), das *Internationale Indigene Forum zum Klimawandel* (IIPFCC 2010) oder auch die CONAIE (2010) in Ecuador entschieden dagegen auf. Die zentralen Befürchtungen der indigenen Bevölkerung lassen sich in wenigen Punkten zusammenfassen (vgl. IEN 2009; Castro Diaz 2008):

- Die geplante Finanzierung von REDD über CO₂-Emissionszertifikate bedeutet eine weitere Kommodifizierung der Natur. Diese wird von der großen Mehrheit indigener Organisationen vehement mit der Begründung abgelehnt, dass der Wald zentraler Lebensraum ist und in den Kulturen seiner Bewohner als heilig gilt. Dazu kommt, dass die von der UNFCCC bisher im Rahmen des *Clean Development Mechanism* (CDM) verwendete Definition von Wald sich auf die Kriterien Wuchshöhe und Baumkronendichte beschränkt (UNFCCC 2002: 58) und damit weder ökologischen Aspekten – da industrielle Monokulturen nach den angesprochenen Kriterien auch als Wald gelten – noch dem Verständnis der Waldbewohner von ihrer Heimat genügt.
- Man befürchtet mit der Einführung von REDD den Verlust von Kontrolle über angestammte Territorien. Die Besitzer des Landes könnten zu Verwaltern der Schutzgebiete degradiert werden. Gewohnheitsmäßige Nutzungen des Waldes wie Jagd, Holzentnahme zum Bau von Behausungen und Booten oder das Sammeln von Feuerholz wären unter Umständen nicht mehr möglich. Dies stünde in Widerspruch zum Recht auf Selbstbestimmung, das in der UNDRIP festgeschrieben ist. Indigene Organisationen bezeichnen es treffend als Kolonisierung („CO₂Ionisation“). Ausgedehnte Flächen in Ländern mit tropischen Wäldern würden ausschließlich für die Produktion der Ware Emissionszertifikate für Staaten, Firmen und Individuen aus dem globalen Norden reserviert (vgl. Altvater 2008).
- Als weiterer Aspekt dieser Kolonisierung ist mit der Einführung der Schutzgebiete üblicherweise die Aufgabe der Subsistenzwirtschaft verbunden. Der Verzicht auf die Nutzung von Flächen wird mit Ausgleichszahlungen abgegolten. Die Landbesitzer würden dadurch zu „ökologischen Subjekten“ erzogen, die ihre Umwelt schützen, weil dies die Grundlage für ihr monetäres Einkommen darstellt (Igoe & Brockington 2007: 442). Dies führte langfristig zu einer fortschreitenden Integrierung der vormals unabhängigen Selbstversorger in die kapitalistische Marktwirtschaft: in den Augen zahlreicher indigener Organisationen eine Art ideologische Kolonisierung.

- Zudem besteht großes Misstrauen gegenüber gewissen Institutionen, die sich für REDD einsetzen, z.B. gegenüber der Weltbank, die einerseits „Entwicklungsprojekte“ mit zerstörerischen Auswirkungen auf Wälder finanziert, andererseits über ihre *Forest Carbon Partnership Facility* den REDD-Mechanismus fördert (World Bank Carbon Finance Unit 2010). Ähnliches gilt für Konzerne wie BP, American Electric Power oder PacifiCorp, die ein von Greenpeace stark kritisierendes REDD-Projekt in Bolivien betreiben (Densham u.a. 2009).

Diese vehementen Ablehnung des REDD-Mechanismus durch indigene Organisationen auf internationaler Ebene steht jedoch in Widerspruch zum Interesse einzelner Dorfgemeinschaften an Programmen, die den Waldschutz mittels Zahlungen für Umweltdienstleistungen abgelten (vgl. dazu Reed 2011). Auch in Ecuador sehen einige ihrer Vertreter *Socio Bosque* als einen revolutionären Schritt, der erstmals in der Geschichte die Bemühungen der lokalen Bevölkerung zum Schutz des Waldes würdigt (vgl. CCBA 2009). Um eine Bewertung der aktuellen Tendenzen rund um REDD im Kontext der Entwicklungsdebatte und in Bezug auf Landkonflikte in Ecuador wagen zu können, müssen wir zunächst die Funktionsweise von *Socio Bosque* analysieren.

Funktionsweise von *Socio Bosque*

Socio Bosque ist zentraler Bestandteil der ecuadorianischen REDD-Strategie. Konkrete Zielsetzung des Programms ist es (MAE 2010b: 6);

- 4 Millionen Hektar Primärwald, d.h. 66 % der verbleibenden ungeschützten Flächen in Ecuador, unter Schutz zu stellen,
- dadurch den Ausstoß von Treibhausgasen aus der Abholzung zu verringern,
- und zur Verbesserung der Lebensbedingungen von ca. einer Million Begünstigter beizutragen.

Um den Schutz der Waldflächen zu gewährleisten, werden Verträge mit den Landeigentümern abgeschlossen. Die an der Teilnahme Interessierten präsentieren beim MAE ihren Grundtitel. Das MAE unterzieht die Flächen daraufhin einer Überprüfung. Teilnahmekriterien sind die Nähe der Flächen zu Verkehrsinfrastruktur, die Bedeutung der Flächen als CO₂-Speicher, als Heimat für Artenvielfalt und als Wassereinzugsgebiet sowie der Grad der Armut der lokalen Bevölkerung (vgl. MAE 2010b: 11ff). Für jedes der angesprochenen Kriterien werden Punkte vergeben, wobei insgesamt 22

Punkte erreicht werden können. Die Schwerpunkte für die Punktevergabe liegen beim Grad der Bedrohung (9 Punkte) und dem Vorhandensein der Umweltdienstleistungen CO₂-Speicherkapazität, Biodiversität und Wasser (insgesamt 10 Punkte). Die Gebiete werden daraufhin in verschiedene Prioritätsklassen eingeteilt; Priorität eins reicht von 22 bis 13 Punkten, Priorität zwei von 12 bis 8 Punkten. Flächen, die unter 8 Punkte erhalten, können dem Programm zurzeit nicht beitreten (Interview mit einer Beamtin des MAE vom 8. 6. 2010). Obwohl das Vorhandensein von Umweltdienstleistungen ein zentrales Kriterium für die Teilnahme am Programm ist, legt das Ministerium darauf Wert, dass *Socio Bosque* in der Öffentlichkeit nicht als Programm zur Bezahlung von Umweltdienstleistungen (PES – *Payments for Environmental Services*) wahrgenommen wird. Mehrere Interviewpartner (Interviews vom 15. 6. 2010; 23. 6. 2010) führen dies auf die Debatten rund um PES-Systeme und die Kommodifizierung der Natur sowie auf die derzeitige politische Situation in Ecuador zurück, die zumindest eine formale Absage an den Neoliberalismus darstellt. Das MAE begründet die Abgrenzung zu PES-Systemen damit, dass für *Socio Bosque* die Opportunitätskosten der Landbesitzer nicht berechnet und die Ausgleichszahlungen nicht an Marktpreise für Umweltdienstleistungen angepasst werden. Letzteres schüfe perverse Verzerrungen und Fluktuationen aufgrund der Dynamik der Märkte (MAE 2010b: 21f). Das Ministerium verschweigt dabei, dass die vertraglich geregelten Ausgleichszahlungen im Rahmen von *Socio Bosque* weit unter den Marktpreisen für vergleichbare PES-Schemen liegen (vgl. Seiwald 2011: 60f).

Für die Kommodifizierung ist jedoch nicht die Höhe der Entschädigung, sondern die Durchsetzung eines Eigentumsrechts entscheidend. Denn in den von *Socio Bosque* erfassten Landparzellen würden Rentenerträge generiert, die erstmals den Eigentümern zufließen. Die spezifische institutionelle Ausgestaltung des Programms erlaubt es allerdings dem Staat, sich einen großen Teil der Rentenerträge anzueignen. In anderen ressourcenbasierten Sektoren schöpft er beispielsweise über Lizenzgebühren oder Steuern einen Teil der durch das Eigentumsmonopol auf einer spezifischen Fläche generierten Rente ab.

Da sich über 60 % der verbleibenden ecuadorianischen Waldflächen im Eigentum der indigenen Bevölkerung befinden (Palacios, 2005, zit. n. Reed 2011: 526; Hübenthal u.a. 2010: 4), spricht *Socio Bosque* in erster Linie diese Gruppe an. Dies spiegelt sich auch in den Vertragsabschlüssen bis Dezember 2009 wider: 369.000 ha von 416.000 ha, bzw. 88 % der Flächen unter Vertrag, befinden sich in kollektivem Eigentum von indigenen *Comunidades* (MAE 2010b: 26). Allerdings wird die indigene Bevölkerung

im Schnitt schlechter für den Schutz ihrer Flächen entschädigt als Privateigentümer. Deutlich wird dies an den vom *Ministerio del Ambiente* im Juni 2010 veröffentlichten Zahlen in Tabelle 2.

Tabelle 2: Ergebnisse von *Socio Bosque per* Dezember 2009 (MAE 2010a)

Vertragsart	Anzahl der Verträge	Begünstigte Familien	Begünstigte Bevölkerung	Fläche (ha)	Ausgleichszahlung (US\$)
Kollektive Verträge	43	8.966	38.687	369.449,42	1.325.703,90
Individuelle Verträge	388	348	1.586	47.059,10	748.228,95
	431	9.314	40.273	416.508,52	2.073.932,85

Für Verträge über Flächen in kollektivem Besitz werden durchschnittlich 3,59 US\$ pro Hektar pro Jahr gezahlt, während für Privatbesitz 15,90 US\$ pro Hektar vom Staat an die Grundeigentümer gehen. Noch gravierender zeigt sich der Unterschied, wenn man die Ausgleichszahlungen pro Kopf berechnet; hier werden für kollektiven Besitz 34,26 US\$ pro Jahr und für Privatbesitz 471,77 US\$ pro Jahr ausgezahlt. Diese Ungleichheit ergibt sich daraus, dass die Ausgleichszahlungen pro Hektar mit zunehmender Fläche abnehmen, was in einer groben Benachteiligung der indigenen Bevölkerung resultiert, da diese nicht die Möglichkeit hat, mit privaten Landtiteln dem Programm beizutreten.

Außerdem müssen Besitzer von kollektiven Landtiteln dem MAE jährlich einen Investitionsplan für die erhaltenen Ausgleichszahlungen vorlegen. Das Ministerium gibt dabei die Kategorien vor, in denen die Ausgaben erfolgen müssen. Es dürfen Investitionen in Ökotourismusprojekte, die Verbesserung der Infrastruktur, die Versorgung mit Gesundheit und Bildung, die landwirtschaftlichen Produktion, die Verbesserung der Organisationsstrukturen, die Ausstattung mit Kommunikationsmitteln und in die Konsolidierung des Territoriums und der Schutzgebiete getätigt werden. Auf Kritik stößt die Vorgehensweise des Ministeriums hier, weil Verantwortungen und Kosten für die Versorgung mit Gesundheit und mit Bildung sowie für den Schutz der unter Vertrag stehenden Flächen zumindest teilweise auf die Grundbesitzer abgewälzt werden (Hazlewood 2010). Die drei Posten machen zusammen bis jetzt in etwa ein Drittel der getätigten Investitionen aus (MAE 2010b: 28). Zudem erscheint es fraglich, ob Investitionspläne, die ohne institutionelle Hilfestellung in Eigenregie der oftmals schlecht organisierten Dorfgemeinschaften jeweils für den Zeitraum von einem Jahr erstellt werden, wirklich zu einer nachhaltigen Verbesserung der Lebensbedingungen der lokalen Bevölkerung beitragen können. Zwar organisiert das Ministerium

regelmäßig Workshops, seitens der indigenen Bevölkerung kommt jedoch Kritik auf, dass diese lediglich der Abwicklung der formalen Anforderungen dienen und die Teilnehmer sonst keinen Nutzen aus ihnen ziehen können (vgl. CCBA 2009).

Nach Vorlage und Prüfung eines ersten Investitionsplanes kommt es schließlich zum Vertragsabschluss für eine Dauer von 20 Jahren. Laut einer Sprecherin der CONAIE (Interview vom 1. 10. 2010) wurden keine indigenen Organisationen am Entwurf der Verträge beteiligt. Stattdessen präsentierte Personal des MAE der CONAIE den fertigen Entwurf für das Programm, um lediglich die Zustimmung der indigenen Organisation einzuholen. Die mangelnde Partizipation spiegelt sich im endgültigen Design der Schutzvereinbarungen wider: Das MAE ist lediglich dazu verpflichtet, die jährlichen Zahlungen zu tätigen, die Einhaltung der Verträge zu überwachen und im Falle von Unklarheiten bezüglich der Verträge die Eigentümer aufzuklären. Im Gegenzug sind die Zahlungsempfänger verpflichtet, die Schutzgebiete auszuweisen, keine Fällungen oder Brandrodungen vorzunehmen, keine Aktivitäten durchzuführen, die die hydrologischen Bedingungen verändern, keine Viehzucht oder kommerzielle Jagd zu betreiben, das Ministerium innerhalb von fünf Tagen über Änderungen in den Eigentumsverhältnissen zu informieren, Bränden und Invasionen vorzubeugen und innerhalb von fünf Tagen zu melden, das Personal des Ministeriums bei Arbeiten innerhalb der Gebiete zu unterstützen, den ausgearbeiteten Investitionsplan einzuhalten, und jährlich eidesstattliche Erklärungen über den unveränderten Zustand der Flächen abzugeben. Zudem müssen die Grundbesitzer bei Verstößen gegen diese Verpflichtungen oder einem frühzeitigen Austritt aus dem Programm mit finanziellen und rechtlichen Sanktionen rechnen, während das Ministerium die Verträge jederzeit einseitig ohne Konsequenzen kündigen kann (MAE 2009).

In einem Interview mit der ecuadorianischen NGO *Acción Ecológica* (Bonilla 2010) räumt Max Lascano, Direktor des Programms *Socio Bosque*, ein, dass die Förderung von Erdöl und Mineralien staatliche Priorität ist und auch auf Flächen durchgeführt werden kann, die mittels *Socio Bosque* unter Schutz gestellt wurden. Damit stellt sich die Frage, vor welchen Tätigkeiten der Wald mittels *Socio Bosque* geschützt werden soll, wenn nicht vor dem Abbau von unterirdischen Rohstoffen. Bleiben noch illegale Holzentnahme, Landnahme durch Siedler aus anderen Regionen Ecuadors und die Subsistenztätigkeiten der lokalen indigenen Bevölkerung als Bedrohung für die Waldflächen. Ob sich allerdings illegale Fällungen durch die Ausweisung von Schutzgebieten einschränken lassen, ist zweifelhaft, wie ein Mitarbeiter einer internationalen Entwicklungsorganisation kommentiert: „Also dort wo

eine Straße gebaut wird, verschwindet auch der Wald; egal ob *Socio Bosque* oder nicht. [...] Die [Holzfäller] kommen mit der Motorsäge an, legen um, und weg ist das (Interview vom 9. 6. 2010).“ Sollten keine substantiellen Verbesserungen im Bereich Forstkontrolle erzielt werden – häufigere Kontrollen, höhere Sanktionen usw. –, trägt eine weitere Erschließung des Amazonasgebiets zur Ressourcenextraktion beinahe unweigerlich auch zu einer erhöhten illegalen Abholzungsrate bei.

Die Vermutung liegt nahe, dass die ecuadorianische Regierung mit *Socio Bosque* neben den offiziellen Zielsetzungen des Programms einen weiteren Zweck verfolgt: die Inwertsetzung der „ungenutzten“ Waldflächen als CO₂-Senke, um die „nationale Entwicklung“ voranzutreiben. Dieser Aspekt soll im nächsten Abschnitt behandelt werden.

Das Verharren im Konzept des *Neo-Desarrollismo*

Während der letzten Dekade verkündeten die Staatsoberhäupter von Venezuela, Bolivien und Ecuador, eine Bewegung in Richtung eines „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“ einzuleiten. Diesem müsse jedoch zuerst eine kapitalistische Phase der Anpassung des neoliberalen Modells vorausgehen. In diesem Zusammenhang spricht Claudio Katz (2007) vom *Neo-Desarrollismo*, der die auf Wachstum ausgelegte aktive Wirtschaftspolitik des klassischen *Desarrollismo* der 1960er und 1970er Jahre wiederaufnehme, dabei aber makroökonomische Kennzahlen wie die Verschuldungsrate besser berücksichtige (vgl. Bresser-Pereira 2009). Während jedoch im „alten“ *Desarrollismo* Industrialisierung zur Importsubstitution als Pfad zu Wachstum und Entwicklung im Zentrum des Blickfeldes lagen, setzt der *Neo-Desarrollismo*, dem Modell der südostasiatischen Tigerstaaten folgend, auf die Exportorientierung der Wirtschaft. Ausgeführt werden allerdings nach wie vor in erster Linie Rohstoffe. Eduardo Gudynas (2010) kritisiert die von den linken Regierungen Lateinamerikas, darunter auch die Regierung Rafael Correas in Ecuador, verfolgte Strategie des *Neoextractivismo*. Die fortschreitende Ausbeutung von Erdgas-, Erdöl- und Mineralienvorkommen sowie die Anlage großer Monokulturplantagen generiert tiefgreifende ökologische und soziale Auswirkungen in diesen Ländern, welche jedoch von den Regierenden bagatellisiert werden (ebd.: 63ff).

Die linken Regierungen spielen mit ihrer Rhetorik Arbeit und Umwelt im Namen der „nationalen Entwicklung“ gegeneinander aus. Unter „nationaler Entwicklung“ verstehen sie die Stärkung der materiellen und gesellschaftlichen Infrastruktur, die aber Wirtschaftswachstum voraussetzt. Während die Armutsbekämpfung mittels Sozialprogrammen und eine gewisse

Umverteilung des Reichtums oben auf der Regierungsagenda stehen, wird die mit dem Wachstum der Ressourcenextraktion und der industriellen Produktion verbundene Zerstörung der Ökosysteme weitgehend toleriert und als Kollateralschaden betrachtet. Dabei sind es üblicherweise gerade die Armen, die am stärksten von Umweltschäden betroffen sind. Dieses Dilemma wird jedoch in der Tagespolitik weitgehend ignoriert. Wer gegen die Extraktion der Rohstoffe argumentiert, sei für Armut und Stillstand. Um die Lage des Landes zu beschreiben und die Ausweitung der Rohstoffausbeutung zu rechtfertigen, verwendete beispielsweise Ecuadors Präsident Rafael Correa wiederholt das Bild eines Bettlers, der auf einem Goldsack sitze, ohne ihn zu verwenden (ebd.: 65). Die selbe Stoßrichtung zeigt auch seine Aussage, die größte Gefahr für die ecuadorianische *Revolución Ciudadana* (Bürgerrevolution) gehe von infantilen Umweltaktivisten und indigenen Organisationen aus (Burbach 2010), oder sein Kommentar vom November 2009: „Wenn sich die Natur mit dieser Dürre gegen die Bürgerrevolution stellt, werden wir kämpfen und sie gemeinsam besiegen, seid euch dessen sicher (Gudynas 2010: 79).“

Ergänzt wird die Rhetorik durch eine Gesetzgebung, die Großinvestitionen begünstigt. Das kürzlich verabschiedete Wassergesetz priorisiert den Zugang industrieller Verbraucher zu Wasserressourcen und das neue Minengesetz erlaubt großflächigen Tagebau in der Amazonasregion (vgl. Burbach 2010). Im Modell des *Neoextractivismo* behält der Staat im Gegensatz zur vorangegangenen neoliberalen Periode die Kontrolle über die Ressourcen. Er vergibt jedoch Konzessionen zur Ausbeutung an private und staatliche Unternehmen, die höhere Anteile der Wertschöpfung abliefern müssen und damit die Sozial- und Infrastrukturprogramme der Regierungen finanzieren. Auf diese Weise verstärkt sich jedoch weiterhin die Abhängigkeit vom Export von Waren mit niedriger Wertschöpfung (Gudynas 2010: 66). Einen weiteren Schritt in dieselbe Richtung wird voraussichtlich das zurzeit noch in Bearbeitung stehende Umweltdienstleistungsgesetz setzen. Die Grundlagen dafür wurden in Artikel 74 der Verfassung von 2008 geschaffen. Darin heißt es: „[...] Die Umweltdienstleistungen sind nicht aneignungsfähig; ihre Produktion, ihr Verleih, ihre Nutzung und ihr Konsum werden vom Staat reguliert.“ (Asamblea Constituyente del Ecuador 2008) Der Staat sichert sich damit eine Monopolstellung im Bereich der Kommerzialisierung von Umweltdienstleistungen. Mit dieser Kommerzialisierung wird ein Naturverständnis bekräftigt, dass die Rentabilität ins Zentrum der Debatte stellt. Die Umwelt ist dann schützenswert, wenn sich der Schutz als Maßnahme der Inwertsetzung zur Erzielung von Profiten eignet, die die Einkünfte aus einer potenziellen Ressourcenextraktion übersteigen (Gudynas 2010: 66).

Diese Einstellung spiegelt sich in der bereits erwähnten Priorisierung der Erdöl- und Mineralienextraktion gegenüber *Socio Bosque* wider.

Die Tendenz zur Kommerzialisierung von Umweltdienstleistungen, die weltweit durch finanzielle Verwertungsstrategien (Zeller 2010) und Formen neoliberalen Umweltschutzes (vgl. Igoe & Brockington 2007; Castree 2008) zur Etablierung eines „ecological fix of capitalism“ (Gudynas 2009) vorangetrieben wird, entspricht der im Rahmen des *Neo-Desarrollismo* oder *Neoextractivismo* etablierten Logik der Ressourcenextraktion. Wo Ressourcen wie Erdöl oder Mineralien vorhanden sind, werden diese gefördert. Die verbleibenden Flächen werden in ein nationales Schutzprogramm integriert und damit in Wert gesetzt, sodass der Staat einen Teil der anfallenden Rente zum Zweck der nationalen Entwicklung abzweigen kann. Durch die Bindung des Umweltschutzes an die Logik der Rentabilität verbleiben Projekte zur Kommerzialisierung von Umweltdienstleistungen innerhalb der kapitalistischen Logik und können nicht die Grundlage für einen zukünftigen „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“ in Lateinamerika bilden.

Vor dem Hintergrund der Ressourcenextraktion fördernden Wirtschaftspolitik erfolgten Zerwürfnisse zwischen linken und indigenen Bewegungen und Correas Regierungsbündnis *Alianza PAÍS*³, sowie diverse Umbildungen in der Regierungsmannschaft Correas. Der Konflikt mit der CONAIE entspringt Correas Forcierung einer extraktiven Wirtschaftspolitik, deren Logik sich mit Hilfe von *Socio Bosque* fortsetzt, indem die Regierung die gewohnheitsmäßige Nutzung des Waldes durch die Indigenen verhindert, zugleich aber die Extraktion von Bodenschätzen weiterhin potenziell zulässt. Zudem forciert sie die Extraktion von Ressourcen zur nationalen Entwicklung indem sie die CO₂-Absorptionskapazität des Waldes in Wert setzen und sich dabei einen gewichtigen Teil der Renteneinkommen sichern will. Im Unterschied dazu tritt die CONAIE für eine Form von Umweltschutz ein, die eine nachhaltige Nutzung der natürlichen Ressourcen zu Subsistenzwirtschaft und zur Etablierung der nationalen Nahrungsmittelsouveränität erlaubt (vgl. Webber 2010). Diese Diskrepanz in der Konzeption von Umweltschutz zwischen der Regierung und den indigenen Dachorganisationen CONAIE und CONFENIAE versucht man im Kontext von REDD zu umgehen, indem sich das MAE mit *Socio Bosque* direkt an die *Comunidades* wendet. Diese Strategie ermöglicht der Regierung eine stärkere Verhandlungsposition mit den Landbesitzern, da die meisten Dorfgemeinschaften schlecht organisiert sind und finanzielle Mittel eine starke Anziehungskraft auf sie auswirken, wie eine Sprecherin der CONAIE angibt (Interview vom 1. 10. 2010). Gleichzeitig

3 Vgl. Arciniegas Avila 2009; Marambio 2010; Peripecias 2008; Ponce 2008; Rodas Chaves 2010.

entspringen daraus neue Konflikte. So teilt z.B. ein Vertreter einer in *Socio Bosque* involvierten Cofán-Dorfgemeinschaft mit, seine *Comunidad* nehme nicht mehr an den Treffen der CONAIE und CONFENIAE teil, weil diese Desinformation über das Programm verbreiteten. Ein Vertreter einer anderen Dorfgemeinschaft sagt aus, zwar sei nicht die gesamte Bevölkerung seiner *Comunidad* mit der Teilnahme am Programm einverstanden gewesen, er habe den Vertrag aber dennoch unterzeichnet (CCBA 2009). Mehrere *Comunidades* traten an die NGO *Acción Ecológica* mit der Klage heran, Verträge zu *Socio Bosque* seien von einzelnen *Dirigentes* ohne vorherige Zustimmung der gesamten *Comunidad* unterzeichnet worden. Laut der NGO wurden Repräsentanten von *Comunidades* aus der Amazonasregion in die Küstenprovinz Esmeraldas eingeladen, um dort ein Pilotprojekt zu besichtigen. Dort wurde ihnen mitgeteilt, dass sie die Reisekosten vom MAE nur ersetzt bekämen, wenn sie sich für *Socio Bosque* einschrieben (Interview vom 30. 6. 2010). Probleme gibt es auch bei den *Zápala*; dort sind laut CONAIE 6.000 US\$ von zwei Verantwortlichen veruntreut worden (Interview vom 1. 10. 2010).

Auch auf einer höheren Ebene sorgt REDD für Konfliktpotenzial. So hegt die *Coordinadora de las Organizaciones Indígenas de la Cuenca Amazónica* (COICA), die supranationale Vertretung der Indigenen der Amazonasregion, zwar Zweifel an REDD, ist Verhandlungen gegenüber aber grundsätzlich aufgeschlossen (vgl. COICA 2011). Dies rückt die CONFENIAE, die gleichzeitig Mitglied der COICA und der REDD strikt ablehnenden CONAIE ist, ins Zentrum des Interesses des MAE. So wurde im Januar 2011 seitens des *Subsecretaria de Cambio Climático* mit der Unterstützung von mehreren NGOs – darunter das von der Friedrich-Ebert-Stiftung gegründete *Instituto Latinoamericano de Investigaciones Sociales* – und der Beteiligung von CONFENIAE und COICA eine mehrtägige Informationsveranstaltung zu *Socio Bosque* organisiert (Fundación Pachamama 2011). Es ist damit anzunehmen, dass die CONFENIAE ihrer 2009 ausgesprochenen, strikten Ablehnung des REDD-Mechanismus inzwischen nicht mehr verhaftet ist (CONFENIAE 2009). Was dies für die Einheit der indigenen Bewegung in Ecuador in Zukunft bedeuten wird, bleibt abzuwarten.

Schlussfolgerungen: kollektive Aneignung der Ressourcen, Demokratie und Selbstbestimmung

Die angesprochenen Widersprüchlichkeiten und Spannungen, die rund um REDD und die Kommerzialisierung von Umweltdienstleistungen im Kon-

text der nationalen Entwicklung auftreten, führen zu einer Reihe weiterer Fragestellungen.

Wie soll der Zugang zu Ressourcen im 21. Jahrhundert geregelt werden, wenn sich die größten Vorräte innerhalb der traditionellen Territorien der indigenen Bevölkerung befinden und deren Abbau das Ökosystem Regenwald substantiell schädigt? Im Falle Ecuadors gestaltet sich diese Frage besonders schwierig, da die Interessen einer Minderheit von ca. 200.000 Personen im Amazonasgebiet jenen einer Mehrheit von über 10 Millionen in den restlichen Regionen des Landes kurzfristig gegenüber stehen. Längerfristig jedoch, in Zeiten des globalen Klimawandels, sprechen die Interessen der gesamten Bevölkerung für den Erhalt des Primärwaldes in der Amazonasregion. Die populistische Rhetorik Rafael Correas verschleierte dies und stellt ökonomisches Wachstum ins Zentrum der Regierungsgenda. REDD und *Socio Bosque*, die vorgeben den Wald zu schützen und gleichzeitig Einnahmen für den Staat und die Landbesitzer zu generieren, liefern aus zweierlei Gründen keine Lösung für das Problem.

Erstens räumt die Regierung der Ressourcenextraktion Vorrang gegenüber dem Schutz ein. Wo Rohstoffe vorhanden sind, werden sie abgebaut. Die restlichen Flächen können am Programm *Socio Bosque* teilnehmen und werden so in Form der Ressource CO₂-Absorptionskapazität zur Generierung von CO₂-Zertifikaten in Wert gesetzt. Der Staat schöpft den Großteil dieser Rente ab und speist die zumeist indigenen Waldbesitzer mit geringen Beträgen ab. Gleichzeitig profitiert die indigene Bevölkerung in der abgelegenen Amazonasregion kaum von den staatlichen Sozialprogrammen, sondern wird über den Umweg der Investitionspläne zumindest teilweise für die Eigenversorgung mit Gesundheit und Bildung verantwortlich gemacht.

Zweitens liegt dem Modell von REDD ein reduktionistisches Naturverständnis zugrunde. Die Regelung des Naturschutzes wird über den Markt vermittelt. Schutzentscheidungen werden in diesem Kontext aufgrund von monetären Werten und Profiterwartungen getroffen – und dies, obwohl die Komplexität der ökologischen Zusammenhänge die Ableitung eines spezifischen Wertes nicht erlaubt. Auch die Bündelung von Umweltdienstleistungen ist mit Problemen behaftet und schafft es nicht, alle Folgewirkungen in die Ökonomie zu internalisieren (vgl. Kosoy & Corbera 2010). Der Schutz durch Kommodifizierung von Umweltdienstleistungen scheitert letztlich an der Verwertungslogik des Kapitals, die im Widerspruch zur Komplexität realer Ökosysteme steht.

Es ist anzunehmen, dass der Druck auf Flächen im Amazonasgebiet zunehmen und sich damit auch die Anzahl und vielleicht die Intensität der Landkonflikte in der Region erhöhen wird. Wie kann der Schutz des Waldes

im Amazonasgebiet so gestaltet werden, dass die Rechte der indigenen Bevölkerung gewahrt bleiben und zugleich die sozialen Bedürfnisse der BewohnerInnen anderer Regionen, deren Befriedigung vom Ausbau der materiellen und gesellschaftlichen Infrastruktur (u.a. industrielle Entwicklung, Gesundheit, Bildung) und auch teilweise von Extraktion und Verarbeitung der vorhandenen Rohstoffe abhängt, berücksichtigt werden können? Unsere Antwort verfolgt drei Stränge. Erstens sind kollektive Eigentumsformen zu schaffen, die nationales, regionales und lokales öffentliches Eigentum sowie kollektives indigenes Eigentum einschließen und damit eine gesellschaftliche Aneignung der Ressourcen und der damit zusammenhängenden Investitionen ermöglichen. Boden, natürliche Ressourcen und die Ressource CO₂-Absorptionskapazität sind in einem politischen Aushandlungsprozess den unterschiedlichen kollektiven Eigentumsformen zuzuweisen. Zweitens kann ein derartiger Prozess nur funktionieren, wenn institutionelle Regeln und Arrangements bestehen, die sowohl die größtmögliche demokratische Teilhabe an Entscheidungsprozessen der gesamten Bevölkerung als auch Formen kultureller und territorialer Autonomie ermöglichen. Auf diesen Grundlagen können unterschiedliche Bevölkerungsgruppen in verschiedenen Regionen mit spezifischer Ausstattung an natürlichen Ressourcen ihre durchaus widersprüchlichen Interessen koordiniert aushandeln und die Nutzung der Ressourcen planen⁴. Drittens sind intrinsische, also von Nutzungsinteressen unabhängige Qualitäten der Natur anzuerkennen (Gudynas 2011: 47). Im Zuge der Durchsetzung von „Rechten der Natur“ (Acosta 2010: 15ff) können auch Bereiche der Natur einer wirtschaftlichen Verwertung – was nicht gleichbedeutend mit gesellschaftlicher Nutzung ist – entzogen werden, weil man zum Schluss kommt, dass die Natur auch unabhängig vom menschlichen Dasein ihren „Wert“ hat. Die Verfassung Ecuadors sieht interessanterweise diese Form der Vergesellschaftung von Natur explizit vor.

Für Verwaltung und Politik in Quito stellt die geringe Identifizierung der indigenen Nationalitäten mit dem Zentralstaat ein historisches Problem dar. Dies ist in Anbetracht der bisherigen Erfahrungen mit Erdölextraktion und der schlechten Versorgungssituation mit öffentlichen Dienstleistungen in der *Amazonía* auch nicht weiter verwunderlich. Die 2008 beschlossene Verfassung setzt hier neue Akzente. In mehreren Artikeln (Art. 60, 242, 257) ist die Möglichkeit zur Schaffung von *Circunscripciones Territoriales Indígenas* (CTIs) verankert. CTIs ermöglichen es den Indigenen erstmals in der Geschichte, von der Zentralregierung anerkannte, institutionalisierte Verwaltungsstrukturen einzurichten. Dies und die Versorgung mit Gesundheit

4 vgl. hierzu das Konzept partizipativer Planung von Devine 2002.

und Bildung könnten dazu beitragen, dass sich die indigene Bevölkerung in Zukunft stärker mit dem Projekt eines „plurinationalen“ Staates Ecuador identifiziert und dazu bereit ist, ihren Teil zur „nationalen Entwicklung“ zu leisten. Ein weiterer wichtiger Schritt ist die Einbindung der indigenen Organisationsstrukturen in den Entwurf und die Umsetzung staatlicher Programme. Diese sollten mit der CONAIE und den anderen landesweiten Indigenenverbänden gemeinsam verhandelt und nicht unilateral entworfen und an den Organisationen vorbei an der Basis implementiert werden, wie es mit *Socio Bosque* der Fall ist.

Literatur

- Acosta, Alberto (2010): „El Buen (con) Vivir, una utopía por (re)construir: Alcances de la Constitución de Montecristi“. In: *Otra Economía*, Bd. 4, Nr. 6, S. 8-31.
- Altwater, Elmar (2008): „Kohlenstoffzyklus und Kapitalkreislauf – eine ‘Tragödie der Atmosphäre‘“. In: ders. & Achim Brunnengräber (Hg.): *Ablasshandel gegen Klimawandel? Marktbasierete Instrumente in der globalen Klimapolitik und ihre Alternativen*. Hamburg. S. 149-168.
- Arciniegas Avila, Pablo (2009): *Neodesarrollismo Extractivista*. Voces del Sur. <http://resistencia-delsur.blogspot.com/2009/01/neodesarrollismo-extractivista.html>, letzter Aufruf: 7. 4. 2011.
- Asamblea Constituyente del Ecuador (2008): *Constitución de la República del Ecuador*. Quito.
- Bonilla, Benito (2010): *Max Lascano Socio Bosque REDD*. Acción Ecológica, http://www.youtube.com/watch?v=Dxf6je5G8wE&feature=channel_video_title, letzter Aufruf: 16. 5. 2011.
- Bresser-Pereira, Luiz Carlos (2009): *From Old to New Developmentalism in Latin America*. Textos para Discussao 193. Sao Paulo.
- Bumpus, Adam G. (2008): „Accumulation by Decarbonization and the Governance of Carbon Offsets“. In: *Economic Geography*, Bd. 84, Nr. 2, S. 127-155.
- Burbach, Roger (2010): *Ecuador's President Correa Faces Off With Indigenous and Social Movements*. NACLA – North American Congress on Latin America, <https://nacla.org/node/6378>, letzter Aufruf: 7. 4. 2011.
- Carbon Trade Watch (2007): *The Carbon Neutral Myth. Offset Indulgences for your Climate Sins*. Amsterdam.
- Castree, Noel (2008): „Neoliberalising nature: the logics of deregulation and reregulation“. In: *Environment and Planning A*, Nr. 40, S. 131-152.
- Castro Diaz, Estebancio (2008): „REDD, Forests and Indigenous Peoples' Rights“. In: *Forest Cover*, Bd. 27, S. 5-6.
- CCBA – Climate, Community and Biodiversity Alliance (2009): *Estándares Sociales y Ambientales para REDD+*. *Informe de Reuniones de Consulta*. http://www.climate-standards.org/REDD+/docs/new/REDD+_Informe_de_Consulta_Ecuador_11-30-09.pdf, letzter Aufruf: 7. 4. 2011.
- CODENPE – Consejo de Desarrollo de las Nacionalidades y Pueblos del Ecuador (2011): *Nacionalidades y Pueblos*. http://www.codenpe.gob.ec/index.php?option=com_content&view=category&layout=blog&id=71&Itemid=597&lang=es, letzter Aufruf: 28. 4. 2011.
- COICA – Coordinadora de las Organizaciones Indígenas de la Cuenca Amazónica (2011): *Mandato de Manaus: Acción Indígena por la Vida*. Ira Cumbre Regional Amazónica (15.-18. August), Manaus, <http://www.nasaacin.org/component/content/article/1-ultimas>

- noticias/2557-brasil-mandato-de-manaus-accion-indigena-por-la-vida, letzter Aufruf: 30. 8. 2011.
- CONAIE – Confederación de Nacionalidades Indígenas del Ecuador (2010): *ECUARUNARI: frente a REDD y las falsas soluciones al cambio climático*. <http://www.conaie.org/component/content/article/4-noits4/310-ecuarunari-frente-a-redd-y-las->, letzter Aufruf: 7. 4. 2011.
- CONFENIAE – Confederación de Nacionalidades Indígenas de la Amazonía del Ecuador (2009): *Pronunciamiento. Unión Base, Puyo 03 agosto 2009*. http://www.redd-monitor.org/wordpress/wp-content/uploads/2009/08/CONFENIAE-REDD_FI.pdf, letzter Aufruf: 7. 4. 2011.
- Corbera, Esteve; Manuel Estrada & Katrina Brown (2010): „Reducing Greenhouse Gas Emissions from Deforestation and Forest Degradation in Developing Countries: Revisiting the Assumption“. In: *Climatic Change*, Bd. 100, Nr. 3/4, S. 355-388.
- Cotula, Lorenzo; Sonja Vermeulen; Rebeca Leonard & James Keeley (2009): *Land Grab or Development Opportunity? Agricultural Investment and International Land Deals in Africa*. London & Rom, 120 S.
- Densham, Ariana; Roman Czebiniak; Daniel Kessler & Rolf Skar (2009): Carbon Scam: Noel Kempff Climate Action Project and the Push for Sub-national Forest Offsets. Sub-prime carbon brought to you by AEP, BP, and Pacificorp. Amsterdam.
- Devine, Pat (2002): „Participatory Planning Through Negotiated Coordination“. In: *Science & Society*, Bd. 66, Nr. 1, S. 72-85.
- Diario HOY (2010): „Conflicto de tierras deja dos víctimas“. In: *HOY*, 9. 9. 2010.
- El Universo (2010): „El INDA desapareció sin solucionar 10 mil conflictos de tierra“. In: *El Universo*, 23. 12. 2010.
- Fundación Pachamama (2011): *Boletín de Cambio Climático y Bosques*. Januar und Februar. Quito.
- Gudynas, Eduardo (2009): „Climate change and capitalism’s ecological fix in Latin America“. In: *Critical Currents*, Nr. 6, S. 36-41.
- Gudynas, Eduardo (2010): „Si eres tan progresista ¿Por qué destruyes la naturaleza? Neoextractivismo, izquierda y alternativas“. In: *Ecuador Debate*, Nr. 79, S. 61-81.
- Gudynas, Eduardo (2011): „Linke und politische Ökologie in Südamerika: Die Grenzen des Fortschritts und die Erneuerung der progressiven Bewegungen“. In: *Emanzipation*, Bd. 1, Nr. 1, S. 34-50.
- Harvey, David (2003): „The ‘New’ Imperialism: Accumulation by Dispossession“. In: Panitch, Leo, & Sam Gindin (Hg.): *Socialist Register 2004: The New Imperial Challenge*. London. S. 63-87.
- Hazlewood, Julianne A. (2010): *From an Extraction Based Economy to an Ecological Services Based Economy in Ecuador: Taking Steps towards a „Revolutionary“ Post-extraction Development Paradigm?* Unpubliziert.
- Hübenthal, Andrés; Federico Starnfeld & Daniela Carrión (2010): *The Forests Dialogue. Background Paper*. Field Dialogue on REDD Readiness in Ecuador: Papallacta, Ecuador.
- IEN – Indigenous Environmental Network (2009): *Reaping profits from Evictions, Land Grabs, Deforestation and Destruction of Biodiversity (REDD)*. <http://www.ienearth.org/REDD/index.html>, letzter Aufruf: 7. 4. 2011.
- Igoe, Jim, & Dan Brockington (2007): „Neoliberal Conservation: A Brief Introduction“. In: *Conservation and Society*, Bd. 5, Nr. 4, S. 432-449.
- IIPFCC – International Indigenous Peoples Forum on Climate Change (2010): *Indigenous Peoples Declare Minimum Requirements for Climate Accord*. Press Release, <http://www.indigenousportal.com/Climate-Change/Indigenous-Peoples-Declare-Minimum-Requirements-for-Climate-Accords.html>, letzter Aufruf: 7. 4. 2011.

- Katz, Claudio (2007): „Sozialismus oder Neuauflage kapitalistischer Entwicklungsmodelle“. In: *INPREKORR*, Nr. 430/431, S. 38-47.
- Kosoy, Nicolás, & Esteve Corbera (2010): „Payments for ecosystem services as commodity fetishism“. In: *Ecological Economics*, Nr. 69, S. 1228-1236.
- Lang, Chris (2010): *Joining the little REDD dots: Stories from the world of carbon trading*. <http://www.redd-monitor.org/2010/10/01/joining-the-little-redd-dots-stories-from-the-world-of-carbon-trading/>, letzter Aufruf: 7. 4. 2011.
- Livengood, Erich, & Alistair Dixon (2009): *REDD and the effort to limit global warming to 2° C: Implications for including REDD credits in the international carbon market*. Wellington.
- MAE – Ministerio del Ambiente del Ecuador (2009): *Acuerdo Ministerial No. 115. Manual Operativo Socio Bosque*. Quito.
- MAE – Ministerio del Ambiente del Ecuador (2010a): *El mundo se salva si cada uno hace su parte. Suplemento institucional, 5 de Junio del 2010*. Quito.
- MAE – Ministerio del Ambiente del Ecuador (2010b): *Socio Bosque: Primer año de implementación 2008-2009*. Quito.
- Marambio, Jorge (2010): *Entrevista a Leonardo Ogaz sobre la Revolución ciudadana*. http://www.kaosenlared.net/noticia_imprimir.php?id_noticia=121889, letzter Aufruf: 7. 4. 2011.
- Marx, Karl (1867): *Das Kapital, Erster Band*. MEW, Bd. 23, Berlin 1988.
- Marx, Karl (1894): *Das Kapital, Dritter Band*. MEW, Bd. 25, Berlin 1988.
- Mayr, Stefan Florian (2008): *Participación política del movimiento indígena ecuatoriano*. Wien.
- Pachauri, Rajendra Kumar, & Andy Reisinger (2007) (Hg.): *Climate Change 2007: Synthesis Report*. Genf.
- Peripecias (2008): „CONAIE rompe relaciones con Correa. Resoluciones de la Asamblea Extraordinaria de las Nacionalidades y Pueblos Indígenas del Ecuador“. In: *Peripecias*, 28. 5. 2008.
- Ponce, Alexis (2008): *Análisis post-referéndum Ecuador: potencialidades y encrucijadas de „la Revolución Ciudadana“*. Tinku, <http://www.tinku.org/ecuador/2490-florencia-penallamense-al-silencio-y-dejense-de-joder.html>, letzter Aufruf: 8. 4. 2011.
- Reed, Pablo (2011): „REDD+ and the Indigenous Question: A Case Study from Ecuador“. In: *Forests*, Bd. 2, Nr. 2, S. 525-549.
- Rodas Chaves, Germán (2010): „El gobierno de Rafael Correa no es un régimen socialista sino neodesarrollista“. In: *El Universo*, 15. 5. 2010.
- Sawyer, Suzana (1994): *The Lowland March on Quito: Contesting the Terrain of Land, Ethnicity, and Nation*. XVII International Congress of LASA, Atlanta, GA.
- Seiwald, Markus (2011): *REDD and Indigenous Peoples: The Programme Socio Bosque by the Ecuadorian Ministry of Environment in the Context of the Debates around Development and Climate Change*. Salzburg.
- Simoner, Michael (2010): „Uno warnt vor Weltherrschaft der Mafia“. In: *Der Standard*, 22. 6. 2010.
- Spash, Clive (2009): *The Brave New World of Carbon Trading*. MPRA Paper 19114. München.
- Stern, Nicholas (2006): *Stern Review on the Economics of Climate Change*. http://webarchive.nationalarchives.gov.uk/20110218151248/webarchive.nationalarchives.gov.uk/+http://www.hm-treasury.gov.uk/stern_review_report.htm, letzter Aufruf: 12. 4. 2011.
- Thomas, Clive (2010): „Buyers beware: Brigands and Organized Criminals threaten the Global Carbon Market“. In: *Sunday Starbroek*, Georgetown (Guyana).
- UNFCCC – United Nations Framework Convention on Climate Change (1997): *Kyoto Protocol to the United Nations Framework Convention on Climate Change*. Bonn.
- UNFCCC – United Nations Framework Convention on Climate Change (2002): *Report of the Conference of the Parties on its Seventh Session, held at Marrakesh from 29 October to*

- 10 November 2001. Part Two: *Action taken by the Conference of the Parties*. <http://unfccc.int/resource/docs/cop7/13a01.pdf>, letzter Aufruf: 12. 4. 2011.
- UNFCCC – United Nations Framework Convention on Climate Change (2010): *Report of the Conference of the Parties on its Fifteenth Session, held in Copenhagen from 7 to 19 December 2009*. Part Two: *Action taken by the Conference of the Parties at its Fifteenth Session. Decisions adopted by the Conference of the Parties*. <http://unfccc.int/resource/docs/2009/cop15/eng/11a01.pdf#page=3>, letzter Aufruf: 12. 4. 2011.
- UNFCCC – United Nations Framework Convention on Climate Change (2011): *Outcome of the Work of the Ad Hoc Working Group on long-term Cooperative Action under the Convention. Draft decision -/CP.16*. http://unfccc.int/files/meetings/cop_16/application/pdf/cop16_1ca.pdf, letzter Aufruf: 10. 5. 2011.
- Veigt, Kerstin (2005): *Sarayacu – ein Quichua-Ort im ecuadorianischen Regenwald im Widerstand gegen die Ölförderung*. <http://www.gfbv.de/inhaltsDok.php?id=591>, letzter Aufruf: 28. 4. 2011.
- Vidal, John (2010): „United Nations warned that Corruption is undermining Grants to stop Logging“. In: *The Observer*, 4. 7. 2010.
- Webber, Jeffery R. (2010): „Indigenous Struggle, Ecology, and Capitalist Resource Extraction in Ecuador. An Interview with Marlon Santi“. In: *The Bullet, Socialist Project, E-Bulletin*, Nr. 391. <http://www.socialistproject.ca/bullet/391.php>, letzter Aufruf: 27.9.2011
- World Bank (2009): *Development and Climate Change*. Washington, D.C.
- World Bank Carbon Finance Unit (2010): *Carbon Funds & Facilities at the World Bank*. <http://go.worldbank.org/51X7CH8VN0>, letzter Aufruf: 12. 4. 2011.
- Zeller, Christian (2006): „Intellektuelle Eigentumsmonopole und die Erzielung von Renten in der globalen Enteignungsökonomie“. In: *PERIPHERIE*, Nr. 101/102, S. 119-146.
- Zeller, Christian (2008): „From the Gene to the Globe: Extracting Rents based on Intellectual Property Monopolies“. In: *Review of International Political Economy*, Bd. 15, Nr. 1, S. 86-115.
- Zeller, Christian (2009): „Die Gewalt der Rente: die Erschließung natürlicher Ressourcen als neue Akkumulationsfelder“. In: *Schweizerische Zeitschrift für Soziologie*, Bd. 35, Nr. 1, S. 31-52.
- Zeller, Christian (2010): „Die Natur als Anlagefeld des konzentrierten Finanzkapitals“. In: Schmieder, Falko (Hg.): *Die Krise der Nachhaltigkeit. Zur Kritik der politischen Ökologie heute*. Frankfurt a.M. u.a., S. 103-135.
- Zeller, Christian (2011): „Verschiebungen der Krise im globalen Rentierregime. Ungleichgewichte und die Suche nach neuen Feldern“. In: *Zeitschrift für Wirtschaftsgeographie*, Bd. 55, Nr. 1/2, S. 65-83.

Anschrift der Autoren:

Markus Seiwald
markus.seiwald2@sbg.ac.at

Christian Zeller
christian.zeller@sbg.ac.at